

Arbeiterstimme

Heftnummer 10 Pfennig
Hast du schon ein Programm
zur Revolutions-Feder?

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Abonnementpreise monatlich inkl. Post 2 RM (Halbmonatlich 1 RM), durch die Post bezogen monatlich 2 RM (ohne
Zustellungsgebühr) Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-L. / Geschäftsstelle u. Expedition:
Mühlentorstr. 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfachnummer: Dresden Nr. 18 690. Dresdner Verlagsgesellschaft
Schriftleitung: Dresden-L. Mühlentorstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtanschrift: Arbeiter-
stimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochenlage 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

3. Jahrgang Freitag, den 28. Oktober 1927 Nummer 253

Niedner „schützt“ die Republik Der monarchistische Staatsstreicher Claas außer Verfolgung

Berlin, 27. Okt. (Eig. Drahtbericht.)

In der Strafsache gegen den Justizrat Claas wegen Ver-
breitung zum Hochverrat hat der 4. Strafsenat des Reichsge-
richts auf Antrag des Oberreichsanwalts beschlossen, das Haupt-
verfahren wegen mangelnden Beweises nicht zu eröffnen, den
Angeklagten außer Verfolgung zu setzen, die Kopien der Reichsstafel aufzuheben und die beschlagnahmten
Schriftstücke wieder freizugeben. Es handelt sich um das Hoch-
verratsverfahren gegen den Führer des Württembergischen Verbandes,
das im Zusammenhang mit der Aktion Severings gegen den
Willing und die Olympia im Mai vorigen Jahres eingeleitet
wurde. In der Begründung des Reichsgerichts heißt es
heute, der Angeklagte habe keinen Umsturz geplant, sondern nur
ein „Minderheitskabinett“, die Auflösung des Reichstages, ge-
gebenfalls Maßnahmen auf Grund des Artikels 48, nicht aber
die Bewältigung der Verbände und den Rücktritt des Reichsprä-
sidenten. Die Verordnung, die Hitler im November 1923 in
München erließ und die bei Claas gefunden wurde, habe Claas
nicht verwenden wollen. Der zuständige Sachbearbeiter im
Reichsjustizministerium habe bei seiner richterlichen Vernehmung
erklärt, daß bei dem Einsatz der Reichswehr im Falle innerer
Unruhen eine Heranziehung der Wehrverbände nicht vorgesehen
sei. Infolgedessen habe Claas keinen unmittelbaren gewalt-
tätigen Angriff gegen die Verfassung vorbereitet, wenn er auch
nach seiner politischen Einstellung zu einer weitgehenden „Au-
slegung“ des Artikels 48 neige.

droht. Das Reichsgericht lehnt ihren Schutz ab. Unsere
Aufgabe ist es, sie zu erhalten gegen Verschmäher und gegen
Richter, die, wie wir zu ihren Gunsten annehmen wollen,
nicht wissen, was sie getan haben.

Wir sind der Meinung, und die sozialdemokratischen
Arbeiter werden uns im Gegenzug zu ihrem Zentralorgan
zustimmen, wenn wir behaupten, daß die Klassenrichter des
Reichsgerichts sehr wohl gewußt haben, was sie getan ha-
ben, als sie den Beschluß faßten, den monarchistischen
Staatsstreicher Claas außer Verfolgung zu setzen. Die
bekannte Verordnung, die damals bei Claas gefunden
wurde, war bekanntlich das Programm zur Aufrichtung
einer faschistischen Diktatur in Deutschland. Mit dem
schärfsten Terror und mit der Androhung von Todesstrafe
gegen jede Bewegung der Arbeiter, gegen Streiks, mit der
Drohung der Todesstrafe für die Arbeiterführer wurde be-
absichtigt, das Faschistenregiment in Deutschland aufzurich-
ten. Der Niednersehat nennt das heute „keinen unmittel-
baren gewalttätigen Angriff auf die Verfassung“ und ent-
schuldigend die monarchistischen Staatsstreicher, bezeichnet die
Absicht des Arbeitermordes und des weißen Terrors als
„weitgehende Auslegung des § 48“. Claas wurde
außer Verfolgung gesetzt, kommunistische Redakteure aber
werden eines Zeitungsartikels wegen zu 1 1/2 Jahren Ge-
fängnis verurteilt. Die nachstehende Meldung illustriert den
Charakter der Klassenjustiz. — Freiheit für Arbeitermör-
der und monarchistische Staatsstreicher — Zuchtstund und
schwere Strafen für revolutionäre Arbeiter.

Kulturarbeit in Sowjetrußland

In seinem Referat auf der Jubiläumstagung des
Zentralerekutivkomitees der Sowjetunion über das Er-
gebnis der zehnjährigen Kulturaufbauarbeit führte Ge-
nosse Lunatscharski folgendes aus:

Aus dem neuesten Material der Zentralen Statistischen
Verwaltung geht eine unbestreitbare Steigerung des Bil-
dungsniveaus unseres Landes hervor. So wurden 1920
im europäischen Teil der UdSSR auf 1000 Einwohner
nur 355 Lesende und Schreibkundige beiderlei Geschlechts ge-
zählt. Heute sind es 455 auf 1000 Einwohner.

Unter den Frauen hat das Analphabetentum größere
Verbreitung als unter den Männern. Doch ist die Zahl
der Les- und Schreibkundigen Männer in den letzten drei
Jahren um 25 Prozent gestiegen, die der Frauen um 32
Prozent. Diese Zahlen sind für das Durchschnittsverhältnis
in der ganzen UdSSR charakteristisch. Im Jahre 1913
wurden für Volkshilfungsarbeiten 278 Millionen
Rubel, das sind 7,76 Prozent des Budgets, verausgabt,
1925/26 302,6 Mill. Vorkriegsrußland gab 10,98 Prozent
des Budgets, im letzten Jahre 1926/27 306,2 Mill. Rubel. Ent-
fielen in der Zwischenzeit 2,18 Mill. Rubel Ausgaben für Bildungs-
zwecke pro Kopf der Bevölkerung, so waren es im Jahre
1925/26 3,86 Rubel, 1927 bereits 4,79 Rubel. Vor dem
Kriege gab es 104 000 Elementarschulen, heute sind
es bereits 108 000, d. h. ein Mehr von 3,6 Prozent. Die
Schülerzahl beträgt heute 9 900 000, gleich 30 Prozent mehr
als im zaristischen Rußland. 60-70 Prozent der Kinder
besuchen die Schule. Vor der Revolution gab es fast keine
Schulen in der Muttersprache der nationalen Minder-
heiten, oder sie erstreckten sich auf ein kleines Dörfchen. Heute wird
in 70 Prozent der ukrainischen Schulen in der ukrainischen
Sprache unterrichtet, in Turkmenistan leben wir eine starke
Zunahme der Schulen überhaupt, wobei nicht nur turk-
menische Knaben, sondern auch Mädchen in immer höherem
Maße von Schulen erfährt werden. In 60 Prozent dieser
Schulen wird in turkmenischer Sprache unterrichtet.

Was die Mittelschulen anbetrifft, so ist die Er-
fassung der Kinder entsprechenden Alters gegenwärtig um
etwa 40 Prozent größer als in der Vorkriegszeit. Eine
besondere Art der Mittelschulen sind die sogenannten
„Bauernjugendschulen“. Ihre Lebensfähigkeit wird am
besten durch die starke Zunahme ihrer Zahl illustriert:
1924/25: 329 Schulen mit über 20 000 Schülern; 1926/27:
688 Schulen mit rund 50 000 Schülern. Auch die Zahl der
Lehrlingsbetriebschulen und der dort ausgebildeten Ju-
gendlichen wächst erheblich. Im Jahre 1923/24 gab es in
der UdSSR 780 Lehrlingsbetriebschulen mit 60 000 Schül-
lern, im Jahre 1926/27 sind es 1068 Schulen mit 110 000
Schülern.

Besonders stark wächst die Zahl der Technikaus-
bildung (mittlere technische Schulen). Im Jahre 1920 gab es 345 Tech-
nikums mit 70 000 Hörern, 1926 wurden in 1017 Tech-
nikums 180 000 Hörer gezählt. Die Zahl der Hochschu-
len ist im Vergleich zur Vorkriegszeit um 35 Prozent, die
Zahl der Studenten um 30 Prozent gestiegen. Die soziale
Zusammensetzung der Studentenschaft wird besser von Jahr
zu Jahr. Im Jahre 1921 gab es 780 allgemeine Bildungs-
anstalten (Schulen, Kurse usw.), heute sind es 898 mit
rund 100 000 Zuhörern. Gleichmäßig wächst die Zahl der Ar-
beiteruniversitäten. Es gibt ihrer heute 31 mit 7808 Stu-
denten, die zugleich Betriebsarbeiter sind. 22 000 Dorfs-
schulen sind ebenfalls keine Lichtpunkte, die ihre Dorfs-
bewohner in die Finsternis der ländlichen Unwissenheit hinaus-
senden. Die Dorfschulen sind Mittelpunkt des Kultur-
lebens des Dorfes. Nicht minder groß ist die Rolle der
Klubs im Leben der Arbeiterklasse. Der Klub ist ein Stück
des Sozialismus, mitten in dem vom Sozialismus noch
weit entfernten Leben des Arbeiters.

Ueber die nationale Kultur führt Genosse Lunatscharski aus:

Unter dem Jarismus wurden alle nationalen Gebiete
gewaltsam russifiziert. Die Oktober-Revolution dagegen
hat die volle Gleichberechtigung aller Sprachen der nationa-
len Minderheiten durchgeführt. Gegenwärtig besuchen
zahlreiche Kinder der unabhängigen nationalen Gebiete die
Schule, dort wird in bezug auf Herausgabe nationaler
Literatur, in bezug auf Hineinziehung der Frauen in
öffentliche sowjetistische Arbeit Großes geleistet.

Ueber Kleinkindererziehung teilt Genosse
Lunatscharski mit:

Im Jahre 1924/25 gab es 1139 Kindergärten, im
nächsten Jahre bereits 1364, 1926/27 1639. Auch die Zahl
der Kinder, die von diesen Anstalten erfährt sind, ist daher
in Zunahme begriffen. Die Obdachlosigkeit der Kinder
wird auf verschiedenen Wegen bekämpft, und dieses Uebel
wird allmählich überwunden. Unsere Presse hat sich
im Vergleich mit der Vorkriegszeit nahezu vervierfacht.
Unsere Zeitungen erscheinen heute in einer Gesamtauflage
von nahezu 8 Millionen Exemplaren, vor dem Kriege
waren es nur 2 1/2 Millionen Exemplare.

Die Bücherproduktion ist ebenfalls stark ge-
wachsen. Im Jahre 1910, dem besten Jahre des vor-
revolutionären Büchermarktes, sind 464 Bücher in 10 Mil-

Die andere Seite

1 Jahr 6 Monate Feltung für einen kommunistischen Redakteur
Leipzig, 28. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.)

Am Donnerstag fand vor dem 4. Strafsenat des Reichs-
gerichts unter dem Vorsitz des berühmtesten Vorgesetzten der Hoch-
verratsprozesse gegen den früheren verantwortlichen Redakteur
der Sächsischen Arbeiterzeitung Genossen Werner Hirsch statt,
der seit einiger Zeit Redakteur an unserem Chemnitzer Bruder-
blatt Der Kämpfer ist. Er war angeklagt wegen des am 14. Sep-
tember 1926 erschienenen Artikels in der Sächsischen Arbeiter-
zeitung „Arbeitermacht und Polizei“. Trotzdem nachgewiesen
wurde, daß Hirsch, während der Artikel erschien, in Urlaub war,
hielt der Reichsanwalt die Anklage wegen Vorbereitung zum
Hochverrat aufrecht und das Gericht verurteilte den Genossen
Hirsch zu 1 Jahr 6 Monaten Feltung und 150 Mark Geldstrafe.
Dieses ungläubliche Urteil des Reichsgerichts wendet sich nicht
nur gegen kommunistische Redakteure, sondern ist in seiner Be-
gründung eine Gefahr für alle linksorientierten Schriftsteller.
Es wurde von den gleichen Richtern gefällt, die dem faschistischen
Staatsstreicher Claas einen Freibrief erteilten.

Zur Einstellung des Hochverratsverfahrens gegen den
Justizrat Claas erhebt die gesamte Rechtspreffe einen he-
llen Jubel. Der Hugenberg-Lokalanzeiger fällt drei Spal-
ten über diese neueste „glänzende“ Leistung Werners
und Niedners. Die Deutsche Zeitung des faschistischen
Willingbundes ist nicht minder erregt. Dort nimmt der
Freund von Claas, sein faschistischer Staatsstreicherkom-
pagnon E. S. E. das Wort, um diese nicht unerwartete
Leistung der arbeiterfeindlichen und faschistischen Justiz zu
loben. Hugenbergs Lokalanzeiger jubelt nicht zufällig. Der
kapitalistische Presskapitän Hugenberg war einer der er-
sten Regierungsmänner der faschistischen Staatsstreicher,
die auch vielfältige Verbindungen mit dem Reichsprä-
sidenten sich zu verschaffen wußten. Sie hatten in ihren
Plänen die Aufrichtung der faschistischen Diktatur auf Grund
des Artikels 48, auch Hindenburg einbezogen.

Der Vormarsch nimmt in seiner heutigen Morgenaus-
gabe in einem Leitartikel mit der demagogischen Ueber-
schrift „Schützt die Verfassung“ zu diesem neuen Justiz-
Handel Stellung. Er will der Arbeiterschaft wiederum
Sand in die Augen streuen, um sie über die Klassenjustiz
zu täuschen. Das geht auch aus den Sätzen des Artikels
hervor, wo es lautet: „Die Weimarer Verfassung scheint be-

Hohe Gehälter oder Arbeiterinteressen

Die SPD-Mandanten zur Dresdner Bürgermeisterfrage

Mit allen Mitteln der Regierpolitik versuchen die Sozialdemo-
kraten die Tatsachen zu verschleiern, daß der Bürgermeister Wä-
hler das Aufnehmen seiner Tätigkeit abhängig machte sowohl
von einer hohen Befoldung, wie auch einer besonderen Sicherung
seiner Pension. Alle Versuche abzuleugnen, können aber die Tat-
sachen, die von uns schon festgestellt wurden, nicht beseitigen.
In der gestrigen Nummer der Volkszeitung verlor sie eine sehr
schöne Verbindung der Dinge. So bleibt aber feststehend, daß
die Volkszeitung gegen die von uns festgestellten Tatsachen nichts
einwenden vermag. In der gestrigen Stadtverordnetenversammlung
gab die SPD-Fraktion eine Erklärung ab, die wir an anderer
Stelle zum Ausdruck bringen. In dieser Erklärung gibt die SPD
im Gegenzug zu ihren bisherigen Behauptungen zu, daß die
Mitteilungen richtig waren. Sie entschuldigend dort Dr. Wä-
hler damit, daß er die Sonderheiten der Dresdner Satzverfassung
nicht gekannt habe. Eine sehr lahme Entschuldigung, da Wä-
hler wohl über seine Verhältnisse aus der Wählerzeitung unterrichtet war.
Ueber die Pensionsbestimmungen bei Wä-
hler aber gleichfalls nicht unterrichtet gemessen. Sehr sonderbar, ein Bürgermeister,
der sich bewirbt, ohne sich zu informieren. Wir führen abso-
lut kein Rückzugsrecht, wir werden noch einige Feststellungen hier-
zu bringen.

In der Feststellung, daß ja auch der zweite Bürgermeister die
Entgeltliche aus der Wählerzeitung erhält, hatte die Volkszeitung
bistlang geschwiegen. Sie gibt erst gestern darauf die Antwort,
daß sie das nicht bestritten habe. Immerhin hat sie aber ver-
sucht, diese Tatsache ihren Lesern zu verschleiern. Also nicht
wir, sondern die SPD befindet sich in einem verzweifeltten Rück-
zug.

Es bleibt bestehen, die SPD „dringt in den Staat ein“,
um Positionen zu gewinnen für ihre Leute, nicht aber, um die
Interessen der Arbeiter zu vertreten. Die Volkszeitung ver-
suchte in einer vorhergehenden Nummer die hohen Gehälter der
höheren Beamten gegen die Forderung von Wä-
hler auszuspielen. Wir haben schon auf diesen Trick hingewiesen. Wir haben
schon festgestellt, daß die SPD nicht einen Kampf gegen diese
hohen Gehälter geführt hat, aber mehr noch, die SPD ist sehr
warm für die Herabsetzung der Gehälter eingetreten. Bei der
letzten Befoldungsregelung war es die SPD, die sich für die
Erhöhung des Gehältes des Stadtbaurates Wä-
hler um 10 000 M.

einsetzte. Nur durch die Haltung der SPD wurde das Gehalt
dieses Baurates auf die Höhe von 26 000 M. gebracht, die jetzt
von der SPD-Presse als Mittel zur Verbedung der Wä-
hlergehälter benutzt werden. Auch die Erhöhung der übrigen Gehäl-
ter wurde von der SPD ausgetrieben. Hier gibt es kein Ver-
schleiern.

Es muß festgestellt werden, das ist hier die wesentlichste
Frage, die SPD tritt für die Erhöhung der oberen Gehälter
ein, sie bezieht die Positionen als Futtertröppchen. Weshalb ver-
schwieg die Volkszeitung ihren Lesern bisher, daß Wä-
hler seinem geforderten Gehalt noch 25 000 Mark aus der Wählerzeitung
erhält? Weil sie selbst wußte, daß man vor den Arbeitern,
die mit 1500 M. im Jahre noch hause gehen, die oft noch
weniger haben, eine solche Regelung der Beamtengehälter nicht
vertreten kann.

Die Arbeiter haben durch diesen Fall erneut Einblick in die
Kripenpolitik der SPD erhalten. Alle Mandanten, hier zu
verschleiern, helfen nichts.

Es scheint uns angebracht, in diesem Zusammenhang auch
dem Volksstaat einige Wahrheiten zu sagen. Die Sozialisten
nehmen die Gelegenheit, um ihren Arbeitermord zu verdecken.
Sie erklären, die Kommunisten seien mit Schuld, weil sie Wä-
hler gewählt haben. Die Kommunisten haben, nachdem ihr Kandidat
abgelehnt war, für Wä-
hler gestimmt, sie haben aber keinen
Zweifel darüber gelassen, daß die SPD von einem sozialdemo-
kratischen Bürgermeister kein Eintreten für die Interessen der
Arbeiter erwartet. Die SPD hat deutlich genug erklärt, daß
diesem Bürgermeister und der SPD Forderungen unterbrei-
tet werden, an denen sie zeigen können, wie weit sie es ernst
meinen mit den Interessen der Arbeiter. Die SPD kimmte für den
Volksparbeiter, den Vertreter der Schwerindustrie, sie hat kein
Recht sich aufzuregen. Dann aber, die SPD-Führer sitzen selbst
überall in gutbezahlten Stühlen. Sie vertreten die Interessen
der Kapitalisten. Die Heiß-Regierung schloß Teno und Sipo
gegen die Verarbeiter. Jetzt versuchen sie einander auszuspielen.
Doch uns will es schier bedünken, daß sie — Kabbal und
auch Mord... Beide Parteien, KPD und SPD, betreiben
den schändlichsten Arbeitermord, und das muß festgestellt wer-
den, trotz aller Mandanten dieser Parteien.

4. K. prima
am Lampen.
D. K. ab
r. Optiker
Telephon 133